



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Oliver Jörg, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Thomas Huber, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holschek, Dr. Gerhard Hopp, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal** CSU

Medizinerangel in Bayern verhindern XXVI Weitere Unterstützung der Reform der Organisation des Bereitschaftsdienstes durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns – Entlastung der Ärztinnen und Ärzte auf dem Land

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) wird gebeten, die von ihr bereits eingeleitete Reform der Organisation des Bereitschaftsdienstes fortzusetzen, da sie zur Entlastung der Ärztinnen und Ärzte auf dem Land beiträgt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, diesen Reformprozess im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten voranzutreiben.

Begründung:

Einer der bekanntesten Hemmfaktoren, der junge Ärztinnen und Ärzte von einer Niederlassung in ländlichen Regionen Bayerns abschreckt, ist unter anderem die befürchtete hohe Belastung mit Bereitschaftsdiensten außerhalb der üblichen Praxisöffnungszeiten. Da Dienstgruppen in ländlichen Gebieten zumeist deutlich weniger Mitglieder haben als in städtischen Regionen, lag hier in der Vergangenheit die Dienstfrequenz für jeden einzelnen Arzt beziehungsweise jede einzelne Ärztin oft deutlich über der in Ballungszentren. Eine ausgeglichene „Work-Life-Balance“ hat für den Ärztenachwuchs heute aber einen deutlich höheren Stellenwert als in der Vergangenheit. Daher entscheiden sich junge Ärztinnen und Ärzte bei der Standortwahl eher für eine Niederlassung in Planungsbereichen, in denen sie mit weniger Bereitschaftsdiensten rechnen müssen.

Um die Bereitschaftsdienstversorgung in ganz Bayern mittelfristig zu sichern und auf verlässliche Beine zu stellen, hat die KVB bereits 2011 mit einer Umstrukturierung begonnen. Erster Schritt war dabei 2012 eine Novelle der Bereitschaftsdienstordnung als rechtliche Grundlage. Damit einher geht eine seitdem laufende Organisations- und Strukturreform, zu der unter anderem auch die Einrichtung zentral gelegener Bereitschaftspraxen, die Etablierung von Fahrdiensten sowie die Schaffung eines Vertreterpools zählen. Durch die damit einhergehende Entlastung der teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte soll aber nicht nur der Bereitschaftsdienst als solches mittelfristig besser sichergestellt werden, sondern zugleich auch die von der Dienstpflicht negative Wirkung im Hinblick auf eine Niederlassung im ländlichen Raum reduziert werden. Die Bereitschaftsdienstreform dient damit nicht nur der Sicherung der Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten, sondern mittelbar auch der generellen Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung im ländlichen Raum.

Aus diesem Grund wird die KVB gebeten, den von ihr mit der laufenden Bereitschaftsdienstreform eingeschlagenen Weg einer Dienstentlastung von Vertragsärztinnen und -ärzten insbesondere im ländlichen Raum fortzusetzen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, diesen Reformprozess im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu unterstützen und positiv zu begleiten.